

CORINNA GENSCHEL

Chance für feministische Politik?

DIE »INITIATIVE FÜR EIN BERLINER SOZIALFORUM«

Warum Sozialforen?

Unter dem von den Zapatisten entnommenen Motto *Eine andere Welt ist möglich und nötig* treffen sich seit 2001 verschiedene soziale Bewegungen, Organisationen und Akteure in Welt-, Kontinental- und thematischen Sozialforen. Ursprünglich als Gegenforum zum gleichzeitig stattfindenden Weltwirtschaftsforum in Davos organisiert, entwickelte sich die Idee der Weltsozialforen aber rasant über reine Gegnerschaft und Kritik zur ökonomischen Globalisierung hinaus. Das Weltsozialforum (WSF) wurde zu einer Art Gegenentwurf einer »alternativen Welt«. »Wo dieses [das Weltwirtschaftsforum] eine Erfindung des Nordens war, ist jenes [das Weltsozialforum] eine Erfindung des Südens. Wo dieses sich elitär, autoritär und geschlossen präsentiert, soll das Weltsozialforum ein Treffen sozialer Bewegungen von unten sein – partizipativ, demokratisch und offen.« (Brie, Krüger, Adolphi, S. 11)¹.

Grundüberzeugung war, dass Widerstand gegen die Herrschaft der neoliberalen Globalisierung nur dann in Verhältnisse eingreifen kann, wenn Widerstand von unten – basisdemokratisch – wächst. Er muss den verschiedenen sozialen Realitäten in der Welt, unterschiedlichen politischen Perspektiven wie den (auch linken) Erbschaften der Vergangenheit Rechnung tragen. Ziel war es also, eine andere Form der Globalisierung zu realisieren: Eine soziale und politische Globalisierung, die nicht von oben nach unten durchgesetzt wird, sondern in der die Idee »einer anderen Welt« durch eine alltägliche Politik für (globale) Gerechtigkeit entstehen kann. Dafür brauchte es neue soziale und politische Räume, Räume für den freien Austausch von Erfahrungen, für demokratische Debatten, politischen Streit und Reflexion wie auch für Vernetzung und Bewegung.

¹ Für einen guten Überblick der verschiedenen Positionen, Aktivitäten und Vorstellungen, vgl. Anita Anand et. al. (Hrsg.): *Eine andere Welt. Das Weltsozialforum*, RLS-Reihe Texte: 15, Berlin 2004. Aus dem Editorial des Textsammlung ist auch obiges Zitat entnommen.

Die Idee des offenen politischen Raum hat die (Welt-) Sozialforen auch für Feministinnen attraktiv gemacht. Vor dem Hintergrund der Erfahrung des Ausschlusses und der Marginalisierung geschlechterpolitischer Positionen sahen Feministinnen im WSF die Chance, Feminismus und linke Politik in Bewegung zu bringen. Sie sahen auch die Möglichkeit, lokale und transnationale Erfahrungen von Frauenkämpfen in den globalen sozialen Bewegungen einzubringen. Denn das WSF ist ein »Raum des Zusammenflusses der Kämpfe und Vorschläge der Bewegungen, Organisationen, Netzwerke, Kampagnen und vieler verschiedener Akteure geworden, die diesen Raum zu dem ihren gemacht und neue Perspektiven für die utopische Phantasie entwickelt haben« (zit. in Alvarez et. al., S. 272).

Papier ist allerdings geduldiger als der geschlechterpolitische Alltag. Je lokaler ein Sozialforum wird – so scheint es – desto traditioneller und geschlechterunkritischer wird der Ort (zumindest auf der europäischen Ebene²). Wenngleich Feministinnen aktiv am Aufbau der verschiedenen Sozialforen mitgearbeitet haben, bleibt doch Geschlechterpolitik bzw. eine fundamentale Kritik an den hierarchischen Geschlechterverhältnissen weiterhin ihnen vorbehalten und Möglichkeiten, die in einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik liegen, werden blockiert³.

² Die ist eher eine Beobachtung als »empirisch belegt«. Dazu gibt es zu wenig systematisiertes Material. Vielleicht ist diese These auch einem europäischen Blick geschuldet, zeigt doch beispielsweise das Programm des African Social Forum im Dezember 2004 eine andere Forumsrealität.

³ vgl. hierfür die Kritik insbesondere der *Articulación Feminista Marcosur (AFM)*, deren Texte aber leider nur sehr sporadisch auf Internetseiten auftauchen (www.choike.org, www.whrnet.org). Mit der Kampagne »Your mouth is fundamental to fundamentalism« versuchen sie den Blick auf die Verbindung zwischen neoliberaler Globalisierung und der Herausbildung religiöser, kultureller, ökonomischer und sozialer Fundamentalismen als zentrale Bedrohung für die Kämpfe um globale Gerechtigkeit zu richten. Mit diesem weiten Begriff von Fundamentalismen versuchen die Autorinnen, Formen von Ungleichheit und Dominanzverhältnissen sichtbar zu machen, die in herkömmlichen linken Perspektiven verloren gehen, und verbinden verschiedene Dimensionen der Kämpfe um Gerechtigkeit auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Dies ist sicherlich nicht alleinig der »Geschlechterblindheit der Linken« geschuldet. Geschlechterverhältnisse sind kompliziert, denn die neoliberale Politik der letzten Dekaden hat auch vor ihnen nicht Halt gemacht. Gerade in den Metropolen scheint es immer schwerer, nicht nur feministische Anliegen zu formulieren, auch die Trägerinnen einer geschlechtergerechten Politik sind wenig greifbar. Vor Ort – also in lokalen Foren – liegt zudem eine konkrete Herausforderung darin, den Balanceakt hinzubekommen, einerseits einen offenen politischen Raum anzubieten und doch mit den realen Bedingungen und Akteuren (oder den fehlenden) vor Ort zu arbeiten. Gleichzeitig ist es auf einer lokalen Ebene notwendig, sich auch als politischer Faktor zu etablieren, der sichtbar wird und eine politische Stimme hat. Dies geht wiederum mit allen tagespolitischen Zwängen und Ausschlüssen »nicht so vermittelbarer Fragen« einher, die diese Praxisform logisch bedeutet. Lokale Sozialforen müssen sich weitaus mehr als jährlich stattfindende Weltsozialforen in konkreten politischen Konstellationen bewegen, die sie gleichzeitig konstituieren. Das meint herrschaftlich-politische Konstellationen ebenso wie die konkrete Gegenwart »der Linken«. Wenn feministische Politik beispielsweise in Berlin keinen großen Stellenwert mehr hat oder ethnische und soziale Grenzen »die Linke« strukturell durchziehen, steht der Realisierung eines Sozialforums als offenem, politischen Raum mehr als nur der »gute Wille« der Organisator/innen gegenüber. Die Herausforderung (lokaler) Sozialforen liegt folglich darin, diese Widersprüche und komplizierten Lagen zu erkennen und die konkreten Bedingungen der Möglichkeit eines solchen Sozialforums zu verändern, d.h. über Formen von Basisdemokratie in strukturell ungleichen Verhältnissen nachzudenken. Dies ist notwendigerweise ein längerfristiges Projekt, das nicht immer mit Erfolgen gekrönt ist. Um eine feministische Reflexion einiger dieser lokalen Schwierigkeiten und Bedingungen soll es im folgenden Text gehen.

Globale soziale Ideen und lokale Politiken

Anfang 2003 luden etwa 15 Menschen – auch Feministinnen – aus verschiedenen Strömungen der außerparlamentarischen Linken Berlins zu einem ersten Treffen zur Gründung der *Initiative für ein Berliner Sozialforum* ein. Angeregt durch die Idee und die Erfolge der internationalen Sozialforen sollte auch in Berlin ein offenes politisches Forum initiiert werden, das eine neue Dynamik in linker und emanzipatorischer Politik in Gang setzen sollte. Eine Dynamik, die Kontrapunkte setzen wollte gegen die anti-soziale und anti-demokratische Politik von Bundesregierung und Berliner Senat und die

gleichzeitig auf eine Neuformierung der politischen Gegenkräfte durch den Prozess von lokalen Sozialforen hoffte. Dies hat nach Dieter Hartmann einen doppelten Hintergrund:

»Zum einen demonstrierte Rot-Grün auf Bundesebene mit Kriegen, Hartz und Agenda 2010, dass in Zeiten der (Verwertungs-)Krise Opposition keinen Sinn macht. Gleichzeitig entsorgt in Berlin Rot-Rot, die ›linkeste‹ aller nur denkbaren parlamentarischen Optionen, die Rest-Illusionen über den parlamentarischen Reformismus. Zurück bleibt eine wütend-hilflose Verzweiflung jener Bevölkerungsgruppen, die zum Objekt einer ›Haushalts-Sanierung‹ wurden; dies auch deshalb, weil die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus zu der ›paradoxen Situation‹ führte, dass es noch nie so große Mehrheiten (gab), die nicht nur vom Gegensatz von Reich und Arm, sondern auch von Herrschenden und Beherrschten überzeugt waren«.

Um die Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus perspektivisch brechen zu können, waren Formen notwendig, in denen zunächst all die Menschen, Projekte und Organisationen wieder zusammenkommen konnten, die gesellschaftlich von einander isoliert und gegeneinander ausgespielt werden. Aus der Perspektive derer, die nicht zum »Kern der Linken« gehören, griff jedoch diese Überlegung der Bewegungsschwäche zu kurz und musste um dringliche politische Fragen ergänzt werden: Herrschaftsformen und soziale Spaltungslinien haben sich radikal gewandelt und zutiefst verkompliziert. Dies hat nicht nur zu einer Zerklüftung des Sozialen geführt, sondern auch die Bedingungen der Möglichkeit von Politik radikal verändert.

So stellt sich für Feministinnen die Frage, wo beispielsweise feministische Politik ansetzen sollte, wenn »Frauenpolitik« als Familienpolitik zum ideologischen Bestandteil von Regierungspolitik geworden ist. Wo ansetzen, wenn Geschlechterverhältnisse radikalen Transformationen unterworfen sind – »Geschlecht« einerseits erodiert, sich andererseits aber ungleichzeitig dazu intensiviert? Wie damit umgehen, dass unter dem Primat der Ökonomisierung und der damit einhergehenden Gesellschaftstransformation Geschlechterverhältnisse »dereguliert« und entpolitisiert werden. Denn mit dem, was soziologisch abstrakt als Individualisierung und Familiarisierung beschrieben wird, sind sie konkret eine vermeintliche Privatangelegenheit geworden. Es liegt primär in dem Verantwortungsbereich und damit in sozialen Möglichkeiten der Einzelnen, Lösungen für die nach wie vor ungleiche Verteilung der Reproduktionsaufgaben, der Löhnen und für das Wegbrechen öffentlicher Leistungen und Güter zu finden. Als politische Anliegen, die gesellschaftlicher Lösungen bedürfen, sind sie kaum sprechbar.

Dabei ist das Maß von Individualisierung und Selbstbestimmung so eindeutig wie lange nicht zu einer Fra-

ge ethnisierte, vergeschlechtlichter Klassenverhältnisse geworden.

Aus einer feministischen Perspektive war es erforderlich, diese grundlegenden gesellschaftlichen Widersprüche politisch ernst zu nehmen und dort zu intervenieren, wo in einer linken Perspektive, »Sozialpolitik« und die gegenwärtigen Transformationen auf ökonomische Verteilungsfragen reduziert werden. Feministische Analysen der letzten Jahrzehnte sind an vielen Punkten gerade auch für die Gegenwart relevant. Die Reformierung von Arbeit, Subjektivität, Gesellschaft und Leben lassen sich durch feministische Arbeiten genauer verstehen. Dann erst scheinen die Ordnungssysteme auf, die die spezifische Verteilung von Gütern legitimieren und definieren, wer unter welchen Umständen und Bedingungen verteilt (Rolle des Staates) sowie festlegen kann, was zu verteilen ist (z.B. welche Arbeit, welche öffentlichen Güter usw.) und welche Bedürfnisse wie anzumelden sind (vgl. u.a. Fraser 2001).

Diese Fragen bildeten die *inhaltliche* Folie, auf der »wir Feministinnen« uns beim Aufbau des lokalen Sozialforums beteiligten. Hier bot sich unserer feministischen Einschätzung nach die Chance, Fragen in konkrete Politiken zu übersetzen und mit anderen zusammen herrschaftskritisch zu agieren. Die Idee des »offenen politischen Raums« als Leitidee der Sozialforen war die *organisatorische* Folie, die die Bildung eines Sozialforums lokal feministisch attraktiv machte. Strukturell basisdemokratisch und offen in der Gestaltung, neue Wege zu erproben – dies war gerade auch für uns Feministinnen anschlussfähig. Endlich bot sich die Chance, wieder mit anderen zusammen zu agieren und Neues zu entwickeln, nachdem »Altes« sich entweder aufgelöst oder auf politische Formen reduziert hatte, die unserem Wunsch von »radikaler Bewegung von unten« schon lange nicht mehr Rechnung trugen? Zudem lag hier die Möglichkeit, feministische Bewegungsideen und Grundüberzeugungen von globaler, sozialer und Geschlechtergerechtigkeit praktisch zu machen und entlang der neuen (und alten) Widersprüchen weiterzuentwickeln?

(Frauen-)Politische Befunde

Wie aber war ein lokales Sozialforum konkret umzusetzen und zu gestalten? Neben der Idee, einen offenen Raum für Austausch verschiedener Gruppen, Strömungen und Einzelpersonen auf gleicher Augenhöhe anzubieten, wie einige »von uns« sie bei den internationalen Foren kennen gelernt hatte, brauchte es auf der lokalen Ebene eine Struktur, die kontinuierliche Anlaufmöglichkeit, die Arbeit konkreter Akteure und die Idee des Raumes miteinander kombinierte. Von der Struktur her waren regelmäßige Treffen erforderlich, und um sich »einen Namen zu machen«, war es auch notwendig,

sich aktiv mit Namen in die aktuellen Auseinandersetzungen als Akteur – und nicht nur als Raum – einzubringen. So entstand in Berlin eine Struktur mit monatlichem Plenum, mit Koordinierungskreis und (thematischen) Arbeitsgruppen.

Ein lokales Sozialforum bewegt sich in einer konkreten politischen Konstellation – wie z.B. einer konkreten Senatspolitik – und trägt in sich die linken aber auch sozialen »Erbschaften« des jeweiligen Ortes. Dies meint in Berlin die nach wie vor existierende Ost-West-Trennung der Stadt, die Folgen der langjährigen Selbstgerechtigkeit und Zersplitterung der (West)Linken und der Entpolitisierung eines Großteils der so genannten Projekteszene ebenso wie die Auswirkungen einer herrschenden Politik der sozialen und ethnischen Spaltungen. Der Bedarf an politischen Formen und Räumen, die gebraucht wurden, um eine engagierte, attraktive, ideenreiche und offene Politik des Sozialen (eine Politik von unten) zu entwickeln, konnte also nicht abstrakt und ideell gesetzt werden, sondern musste konkret ansetzen.

Zu Beginn der *Initiative* kamen dann auch unterschiedliche Leute aus dem linken und sozialpolitischen und mehrheitsdeutschen Spektrum zusammen – davon waren immerhin etwa ein Drittel Frauen (aber keine organisierten Frauen- und Lesbenzusammenhänge, soweit es diese überhaupt noch gab). Zwischenzeitlich ist die *Initiative* auf den Kreis der undogmatischen Linken sowie auf Linke, die in ihren Herkunftsorganisationen oder Bewegungen (einzelne kritische Gewerkschafter, Ex-PDSlerInnen, Feministinnen) randständig sind, geschrumpft.

Die Spannung zwischen »offenem, politischen Raum« und »lokalpolitischem Akteur« hat auch die feministischen Optionen von Gestaltung geprägt: Ein »offener Raum« eröffnet viele Möglichkeiten für Einfluss und Gestaltung – kann aber auch für machtpolitische Auseinandersetzung um Außendarstellung, Entscheidungsfindung und Binnenstruktur benutzt werden. Dies haben im ersten halben Jahr der *Initiative* insbesondere die Männer aus der »Organisierungslinken« destruktiv genutzt und damit viele Prozesse blockiert (*Initiative für ein Berliner Sozialforum*, 2003b). Die entgegengesetzte Gefahr ist, dass in einem »offenen Raum« keine Entscheidungen gefunden, Schwerpunkte nicht gesetzt, Konflikte nicht ausdiskutiert werden und Praxen nicht entstehen, d.h. der Raum für viele »unpraktisch« wird. Diese Art von »Raum« bleibt unbestimmt und kurzfristig ohne Wirkung – sicherlich ein Grund, warum ein Großteil der Projekteszene aus der *Initiative* ausgestiegen ist.

Dennoch hat es die *Initiative* in den vergangenen Jahren geschafft, ein Akteur zu werden, der entweder unterschiedliche Aktivitäten selber angeschoben oder sich an anderen Aktionen beteiligt hat. Zu Beginn gab es Versuche, ein »Soziales Zentrum« aufzubauen, das dem poli-

tischen Raum auch materiell einen Raum geben sollte. Frühzeitig hat sich die *Initiative* in Berliner Aktivitäten gegen die Agenda 2010 und die neoliberale »Reformpolitik« eingebracht. Foren der Selbstverständigung (»Jour Fixe«), aber auch Diskussionsveranstaltungen für ein breiteres Berliner Publikum wurden organisiert. Als die so genannte »Sozialkarte«, ein ermäßigtes Ticket für den Berliner ÖPNV, abgeschafft wurde, gründete sich eine »Mobilitäts-AG«. Zusammen mit Obdachlosengruppen, Kirchen, Gewerkschaftskreisen und anderen veranstaltete sie Aufsehen erregende Aktivitäten und traf auf Unterstützung in der Berliner Bevölkerung. Anschlussaktivitäten fanden dann aber nur noch wenig Resonanz. Öffentliche Veranstaltungen sollten politische Leerstellen in der sozialpolitischen Debatte besetzen (wie Geschlecht und Migration), Querverbindungen zwischen verschiedenen sozialen AkteurInnen wie illegalisierten ArbeiterInnen und GewerkschaftsvertreterInnen, Berliner Projekten und stadtpolitisch Aktiven sollten hergestellt werden und die sehr unkritische Verteidigung des (idealisierten) Sozialstaats politisch hinterfragt und neue Perspektiven aufgemacht werden. In der Zwischenzeit ist die *Initiative* ein Ort für politische Projekte geworden, die noch in der Entwicklungsphase stecken oder aber für die Verbindung verschiedener Kämpfe stehen (von spontanen Aktivitäten gegen die europäische Flüchtlingspolitik bis hin zu Aktivitäten gegen die WM 2006). Das Plenum bietet immer wieder Raum dafür, Ideen weiter zu entwickeln, weil hier gerade Menschen aufeinander treffen können, die im politischen Alltag thematisch aneinander vorbei arbeiten.

Aus frauen- und geschlechterpolitischer Sicht wurde im ersten Jahr der *Initiative*, d.h. in der Zeit der Formierung, ausgelotet und erstritten, welchen Raum es für geschlechterpolitische Themen gibt. Entsprechende Inhalte wurden eingebracht, die u.a. in den Leitlinien der *Initiative* wieder zu finden sind (www.socialforum-berlin.org). Die monatlichen Plenen wurden unter geschlechterdemokratischen Gesichtspunkten aktiv mitgestaltet und in Form von thematischen Sondertreffen (»Jour Fixe«) feministischen Themen Raum gegeben. Gerade die organisierte (Partei- und Gewerkschafts-) Linke hat dabei auf aktive feministische Themensetzung teilweise offen, teilweise strukturell und mit Abschlussversuchen von Themen und Personen reagiert. Es gab zum Teil offene Abwertungen und sexistische Verhaltensweisen. Kritische Beiträge aus feministischer Sicht wurden zu »Beziehungsfragen«, als »private« Auseinandersetzungen definiert und damit entpolitisiert. Die Macht der informellen »old boys«-Netzwerke war hier sehr gut zu beobachten. Deren Definition von Expertise und Schnelligkeit schloss all diejenigen aus, die über diese vermeintlichen Qualitäten nicht verfügten und somit »begründet« aus den engeren Kreisen wie z. B. der Pressearbeitsgruppe verbannt wurden. Auf-

schlussreich ist an dieser Stelle die Konvergenz von Anti-Feminismus und parteiförmigen Politikformen mit ihrer Massensorientierung, die auch an anderer Stelle den Versuch, basisdemokratische Strukturen aufzubauen, blockierte. Männer aus der undogmatischen Linken waren dem feministischen Projekt gegenüber aufgeschlossener. In der gemeinsamen Basis-Orientierung gelang es, sich in der Durchführung und Durchsetzung von Themen gegenseitig zu unterstützen, Bündnisse herzustellen und Aufgaben zu verteilen.

Im Laufe der Zeit konnte aus einigen Erfahrungen gelernt werden. Ausschlussmechanismen ließen sich klarer benennen und inhaltlich gelang es, externe Veranstaltungen immer geschlechtersensibel zu organisieren (wie viele Frauen sitzen auf dem Podium, welche Themen werden als relevant gesehen und was haben Feministinnen zu den jeweiligen Themen zu sagen). Durch eine klar geschlechtersensible Moderation der Plenen haben Feministinnen in der Anfangsphase der *Initiative* Maßstäbe für einen geschlechterdemokratischen Umgang gesetzt.

Da es aber zu keiner Zeit organisierte feministische Zusammenhänge gab, die als solche Einfluss auf die Formierung der *Initiative* bzw. auf die Gestaltung des »offenen politischen Raums« nahmen, spielte insbesondere die individuelle Durchsetzungsfähigkeit, die spezifischen Fähigkeiten und das z.T. »unsichtbare« Netzwerk der aktiven Feministinnen die zentrale Rolle in der partiell geschlechterpolitischen Gestaltung von Form und Inhalt. Die geschlechterdemokratische Gestaltung gerade in der ersten Zeit hatte zum Ziel, die aktive Sozialforumsarbeit über die ursprünglichen Kreise hinaus an feministische oder frauenpolitische Strukturen anchlussfähig zu machen. Aktiv wurde in frauenpolitischen Zusammenhängen für die Teilnahme geworben. Dieser Versuch muss als gescheitert betrachtet werden. Es ist deshalb auch an der Zeit, darüber nachzudenken, was sich aus der Tatsache lernen lässt, dass es zwar einige frauenpolitische Erfolge gab, aber weder feministische Perspektiven nachhaltig gesichert noch gesellschaftspolitisch viel in Bewegung gebracht wurde?

Ohne Netz und doppelten Boden

Die *Initiative* steht im vierten Jahr ihrer Existenz vor dem Problem, dass sie massiv geschrumpft und für neue Leute in der jetzigen Form unattraktiv ist – das gilt für Frauen und Feministinnen ebenso wie andere Gruppierungen. Oft sind die Plenen dominiert von organisatorischen und tagespolitischen Fragen und Aufgaben. Es ist weder Zeit für politisch engagierte und fundierte Diskussionen noch Raum dafür, potentielle Mitstreiter/innen »dort abzuholen wo sie sind« und gemeinsame neue Wege zu gehen – die *Initiative* bietet nur formal

einen »offenen, politischen Raum«, in dem Menschen verschiedener politischer Strömungen und verschiedener sozialer Herkünfte produktiv aufeinandertreffen können.

Mangels Kapazitäten bleibt ein Großteil der Aktivitäten an Einzelnen hängen, die immer mehr zu »Politprofis« werden. Die Themenvielfalt und der Versuch, immer wieder neue Herangehensweisen auszuprobieren, führt dazu, dass kaum jemand jenseits des »engen Kreises« dauerhaft praktischen Nutzen aus dem Sozialforum selbst und der eigenen Anwesenheit ziehen kann. Projekte (gerade im sozialpolitischen Bereich wie im Bezug auf Mieter/innenwiderstände oder in Bezug auf ALG II-»Betroffene«) werden schnell aufgegeben, wenn sie entweder konkrete sozialpolitische Aufbauarbeit oder eine längerfristige prozesshafte Bündnisarbeit mit »anderen« Akteur/innen erfordern. Ungewollt ist die *Initiative* fast zu einer der vielen sozialpolitischen Treffen geworden, die für sich kleinteilig und kurzfristig bleiben, weil sie zu viele Aufgaben auf einmal erledigen wollen und müssen und deshalb nicht als Katalysatoren für »Bewegung von unten« wirken.

Hat sich aber mit den beschriebenen Erfahrungen die politische Notwendigkeit eines offenen politischen Raums erübrigt oder bedarf es anderer Formen, um dies tatsächlich zu realisieren? Abschließend einige Gedanken:

1. Falsch wäre, die Nichterfüllung des Wunsches nach einem tatsächlichen Sozialforum in der Struktur der *Initiative für ein Berliner Sozialforum* oder der Nachlässigkeit der Einzelnen zu begründen. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass das, was soziologisch und abstrakt die »Zerklüftung des Sozialen« und der »Strukturwandel von Politik« genannt wird, weitaus mehr Folgen für emanzipatorische Praxis hat, als wir es uns vorgestellt haben. »Bewegungen mit Kontinuität« lassen sich nicht einfach herstellen, deren Entstehen braucht mehr als individuelles Wollen.

2. Die Schwerpunktsetzung der Initiative auf Tagespolitik und deren Logik bedeutet allerdings, dass der Raum für offene Debatten und Gesellschaftskritik enger wird. Damit einher geht der Verlust von Anschlussfähigkeit für andere Strömungen und Gruppen, die eine enge Fassung von »Sozialpolitik« ablehnen, weil ihre Interessen und politischen Entwürfe darin verloren gehen. Verloren geht somit auch die spezifische Aufgabe der Sozialforen: politische Zusammenhänge herzustellen, zu politisieren und neue Fragen aufzuwerfen. Wenn die Idee sozialer Bewegungen mit verschiedenen sozialen Realitäten und politischen Perspektiven als Stärke politischer Kritik ernst genommen wird, bedarf es weiterhin eines Raumes, an dem kritisch die Auslassungen, politischen Präformierungen und die Reproduktion von Mehrheitsnormen in der (sozial-)politischen Debatte hinterfragt werden können. Es bleibt aber die Frage, wie sich eine Öffnung von Perspektiven erstrei-

ten lässt, wenn diese – gerade im Feld der Sozialpolitik – von anderen Strömungen und Gruppen in den letzten Jahren nicht gefüllt wurde? An welchen Punkten lässt sich plausibel machen, dass gerade in den Querverbindungen zu anderen Politiken und Lebensformen emanzipatorische Potentiale liegen, wenn es die Leute nicht gibt, die dieses konkret erstreiten?

3. Daraus ergibt sich eine weitere Schlussfolgerung: Die Erfahrung des Berliner Sozialforums zeigt, dass weder eine Politik »abstrakter richtiger Ideen«, noch »politische Stellvertreterpolitik« oder enge »Betroffenheitspolitik« – ob nun feministisch, autonom oder sozialpolitisch – eine langfristige Perspektive bietet. Es gilt also Orte zu schaffen, in denen soziale, politische und subjektive Anliegen in all ihrer Widersprüchlichkeit und Konkretheit formuliert und ausgetauscht werden können und zum Ausgangspunkt radikaler, an die Wurzeln gehender Kritik und Praxis werden kann. Vielleicht ergeben sich beispielsweise erst andere politische Ansatzpunkte einer Anti-Privatisierungs- und Geschlechterpolitik, wenn positiv wie negativ erfahrene Folgen der Privatisierung, Individualisierung und Refamiliarisierung, ausprobierte, aufgezwungene und aus einer spezifischen Lebenswirklichkeit gewählte Lösungen ausgetauscht werden. Warum also nicht thematische Foren schaffen – und das könnte jede/r, nicht nur das Berliner Sozialforum –, in denen unter bestimmten Fragestellungen und für bestimmte Lebensbereiche Erfahrungen von sozialer Wirklichkeit, von Enteignung und Aneignung der eigenen Lebensverhältnisse reflektiert werden und sich daraus eben auch verändernde, eingreifende und für die Einzelnen praktische Handlungsmöglichkeiten ergeben? Nur wo Raum ist für quer liegende Fragen und unbequeme Antworten, wo unklare, widersprüchliche oder eigensinnige Anliegen Raum bekommen, können politische Verhältnisse als soziale verstanden werden und Vorstellungen alternativer politischer, sozialer und kultureller Projekte und Visionen anderer »Lebensqualität« entstehen.

4. Vielleicht sollten wir aus der Erfahrung der Berliner *Initiative* lernen – es gilt Sozialforen zu vervielfältigen, thematisch zuzuspitzen, zeitlich und räumlich zu begrenzen und politische Praxis nicht von vorn herein festzulegen – also lokale Sozialforen nicht in der Einzigartigkeit sondern in einer Abfolge verschiedener themenspezifischer Ereignisse zu konzipieren und die Ergebnisse zusammenzutragen. Möglicherweise liegen genau hier Ansatzpunkte einer alltäglichen Politik von (Geschlechter-) Gerechtigkeit, die an den Bedürfnissen der Menschen nach einem besseren oder guten Leben ansetzen. Gelingen kann dies nur, wenn die Idee tatsächlich von vielen aufgegriffen und mit eigenen Ideen und Formen gefüllt wird – wenn also der Raum zu einem Eigenen gemacht und erstritten wird.

Zum Weiterlesen:

Alvarez, Sonia; Nalu, Faria; Nobre, Miriam (2004): Eine andere (auch feministische) Welt ist möglich. In: Anita Anand et al. (Hrsg.), S. 268-275

Anand, Anita; Escobar, Arturo; Sen, Jai; Waterman, Peter (Hrsg.) 2004: Eine andere Welt. Das Weltsozialforum, Berlin (RLS-Reihe Texte 15)

Articulación Feminista Marcosur, 31.1.2005: Political Statement of the Diversity Boat at the World Social Forum, Porto Alegre, 2005.

Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg

Brie, Michael; Krüger, Carla; Adolphi, Wolfram (2004): Zum Geleit. Vorwort zur deutschen Ausgabe. In: Anand, Anita et. al. (Hrsg.): Eine andere Welt. Das Weltsozialforum. Berlin (RLS-Reihe Texte 15), S. 11-13

Brodie, Janine (2004): Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnis und die Regulierung des Sozialen. In: Widerspruch 46, 24:1, S. 19-32

Dieckmann, Martin (2004): Gerechtigkeit und Freiheit – Ein langer Marsch durch die Krise. In: Die Aktion, Heft 208 oder www.labournet.de/diskussion/arbeit/prekaer/freiheit.html

Fraser, Nancy (2001): Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt/Main

Hartmann, Dieter (2004): Produktives Missverständnis. Eine Zwischenbilanz der Berliner Sozialforumsinitiative. In: ak – zeitung für linke debatte und praxis; Nr. 481; 20.2.2004

Initiative für ein Berliner Sozialforum (2003a): Leitlinien der Zusammenarbeit. www.socialforum-berlin.de

Initiative für ein Berliner Sozialforum (2003b): Was ist das SFB: Raum oder Bewegung? www.socialforum-berlin.de

Lang, Sabine (2001): Reprivatisierungen im neoliberalen Geschlechterregime. In: femina politica 2/2001, S. 91-104

Scharenberg, Albert; Oliver Schmidtke (Hg.) (2003): Ende der Politik? Globalisierung und Strukturwandel des Politischen. Münster

Corinna Genschel ist Mitbegründerin der »Initiative für ein Berliner Sozialforum« und arbeitet derzeit in der »Kontaktstelle soziale Bewegungen« der Linksfraktion im Bundestag.

Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Geschlechterverhältnisse (Auswahl)

Texte 7

Barbara Nohr und Silke Veth (Hrsg.)

Gender Mainstreaming.

Kritische Reflexionen einer neuen Strategie

ISBN: 3-320-02987-8, 160 S., 9,90 €

Texte 18

Hella Hertzfeldt, Katrin Schäfgen, Silke Veth (Hrsg.)

Geschlechter Verhältnisse.

Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis

ISBN: 3-320-02055-2, 340 S., 14,90 €

Texte 24

Ursula Schröter, Renate Ullrich

Patriarchat im Sozialismus?

Nachträgliche Entdeckungen in

Forschungsergebnissen aus der DDR

ISBN: 3-320-02900-2, 169 S., 9,90 €

Manuskripte 26

Eva Schäfer (Hrsg.)

Vollendete Wende?

Geschlechterarrangements in Prozessen des sozialen Wandels

ISBN: 3-320-02981-9, 102 S., 4,90 €

Manuskripte 55

Iris Nowak

Selbstbestimmung braucht öffentliche Güter.

Linke feministische Perspektiven

ISBN: 3-320-02907-X, 92 S., 6,90 €

Manuskripte 56

Iris Peinl, Karin Lohr, Kristiane Jornitz

Organisations- und Geschlechtersoziologie.

Theoretische Brücken und empirische Einsichten

zur Einführung von Gender Mainstreaming

in die Verwaltung

ISBN: 3-320-02901-0, 157 S., 9,90 €

Manuskripte 62

Andrea Nachtigall, Birgit zur Nieden,

Tobias Pieper (Hrsg.)

Gender und Migration

Fünftes DoktorandInnenseminar

der Rosa-Luxemburg-Stiftung

ISBN: 3-320-02910-X, 161 S., 9,90 €